

FDP zu Anträgen der Grünen und SPD in der letzten Ratssitzung: Wahlkampfbedingter Rückfall in ideologische Verhaltensmuster

Die FDP wirft Grünen und SPD vor, mit Anträgen in der Ratssitzung am Donnerstag "in alte Verhaltensmuster zurückgefallen zu sein". Anlass für die Kritik der Liberalen sind Anträge der Grünen zur Zügigkeit und Räumlichkeiten der Bismarckschule und der SPD zum kommunalen Flächenmanagement.

"Wenn die Grünen fordern, die Bismarckschule ab dem Schuljahr 2014/15 zweizügig zu führen, obwohl Bedarf für eine Vierzügigkeit aufgrund der Anmeldungen besteht, so wollen sie, dass der Elternwille hinter schulideologisch geprägter Planwirtschaft zurückstehen soll", erklärt FDP-Fraktionsvorsitzender Joachim C. Heitmann.

Auf Kritik der FDP stößt ebenso der Antrag der SPD, der Rat solle sich selbst verpflichten, in Zukunft größere Bauprojekte nur auf Flächen zu entwickeln, die sich in städtischem Besitz oder in der Verfügung von städtischen Gesellschaften befinden:

"Eine solche Selbstverpflichtung wird die Entwicklungsmöglichkeiten Krefelds massiv einschränken, nämlich auf den Grundstücken in städtischem Zugriff. Sie wäre darüber hinaus rechtswidrig".

Auch wenn kein Anspruch Privater auf Planrecht bestehe, so hätten diese jedoch einen Anspruch auf Baugenehmigungen, die den Bebauungsplänen entsprächen bzw. sich in die vorhandene Bebauung einfügen würden. "Private Grundstückseigentümer haben den Anspruch, mit ihren Anliegen genauso behandelt zu werden wie die öffentliche Hand."